Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 21. Oktober 2000 | 111. Jahrgang Nr. 31.272

Wahlen sind Zahlen

Die politische und institutionelle Krise der letzten Wochen wirft ihre Schatten auf die Wahlen voraus, die im Oktober 2001 zur Erneue-rung des gesamten Senats, erstmals in der argentinischen Geschichte durch direkte Volkswahl, und der Hälfte der nationalen, provinziellen und kommunalen Parlamente. Ausser möglicherweise in Corrientes wird kein exekutives Amt eines Gouverneurs oder Bürgermeisters zur Wahl ausstehen, sofern nicht Demissionen, Todesfälle oder Absetzungen dafür sorgen.

Insofern muss den nächstjährigen allgemeinen Wahlen eine besondere politische Bedeutung eingeräumt werden. Die Parlamentarier werden im Proporz nach den bereits berüchtigten Listen, Spanisch genannt „listas sábana“, gewählt werden, die den Parteimächtigen grossen Einfluss in der Aufstellung der Kandidaten einräumt. Für den Senat werden pro Partei jeweils nur zwei Kandidaten je Gliedstaat gewählt werden, sofern sie die relative oder die absolute Mehrheit erreichen, wogegen für die zweite Minderheit nur der erste Kandidat siegt. Dergestalt werden sich wenige Kandidaten in jedem Gliedstaat dem Volk stellen, ohne hinter sich unbekannte Listenkandidaten aufzuweisen. Jeder Kandidat steht somit seinen Mann bzw. seine Frau, müssen doch mindestens ein Drittel der Kandidaten weiblich sein. Wieviele der jetzigen 70 Senatoren sich als Kandidaten für 2001 vorstellen werden, bleibt nach dem Schmiergeldskandal und der Günstlingswirtschaft im Senat abzuwarten.

Für die Beurteilung der Aussichten der beiden grossen Volksparteien UCR und PJ mit ihren Alliierten sei von den letzten Wahlen ausgegangen. Im Jahr 1995 siegte bei der Präsidentenwahl der amtierende Regierungschef Carlos Saúl Menem mit fast 50 Prozent der Stimmen. Ihn unterstützten seine Justizialistische Partei sowie andere Randgruppen und zahllose Unabhängige, die dem oberen Mittelstand angerechnet werden.

Die UCR meldete sich allein mit Horacio Massacessi und erntete nur 17 Prozent, wogegen die Parteienkoalition Frepaso mit José Octavio „Pilo“ Bordón und Carlos „Chacho“ Alvarez rund 30 Prozent der Stimmen ergatterte. Zusammen hätte eine Allianz etwa 48 Prozent erhalten und dem Präsidenten ein ernsthafter Gegner sein können.

Zwei Jahre später gab es die Allianz, die bei den Parlamentswahlen von 1997 mit rund 48 Prozent der Stimmen vor den Justizialisten siegte, denen weniger als 40 Prozent zufiel. Andere Parteien sammelten die Reststimmen. Die informelle Koalition von 1995, auf der Menem seinen Wahlsieg aufgebaut hatte, war zerfallen, während die Allianz mit UCR und Frepaso siegen konnte.

Die Präsidentenwahl von 1999 wiederholte das Bild. Die Allianz siegte mit Fernando de la Rúa (UCR) und Carlos „Chacho“ Alvarez (Frepaso) abermals mit 48 Prozent, wogegen PJ-Kandidat Eduardo Duhalde mit Ramón „Palito“ Ortega nur 38 Prozent erhielt. Als Aussenseiter mit der Hauspartei der Republikaner erlangte Domingo Cavallo einen 10prozentigen Achtungserfolg. Mit Duhalde hätten sie zusammen der Allianz den Sieg streitig machen können.

Nun geht es darum, ob die Allianz nach der Demission von Alvarez als Vizepräsident auseinanderfällt oder zusammen bleibt. Ohne ihre Allianz würden die Radikalen und der Frepaso die Parlamentswahlen von 2001 sicherlich verlieren, so dass die Justizialisten auch alleine siegen könnten. Geeint als Allianz können sie den Justizialisten einen echten Wahlkampf liefern, dessen Ausgang weitgehend davon abhängen wird, wieviele Koalitionspartner die Justizialisten verpflichten.

Wahlen sind Zahlen. Das war immer so und wird auch 2001 so bleiben. Sicherlich haben die Allianz-Führer das auch eingesehen, da sie sich bemühen, die Allianz als heil zu verkünden und nicht eigene Wege gehen, die ihre Wahlniederlagen im voraus bestimmen würden. Mehrere Kommentatoren in den Medien hatten sogleich das Ende der Allianz verkündet, als ob sie den Todesschein gesehen hätten.

Eine Regierung, die ihre Wahlbasis einbüsst, dürfte kaum noch handlungsfähig bleiben, auch wenn sie institutionell die Formen achtet, die die Verfassung vorschreibt. Sicherlich deshalb bemühen sich die Allianz-Macher Expräsident Alfonsín, Präsident de la Rúa und Exvizepräsident Alvarez, zumindest nach aussen zu zeigen, dass die Allianz auch diese Krise intakt überlebt und nächstes Jahr den Wahlkampf geeint bestreiten wird. Politik erstarrt indessen nie, so dass der Dinge abzuwarten ist, die da kommen sollen.

De Santibañes zurückgetreten

Der wegen der Bestechungsaffäre im Senat zunehmend unter Druck geratene Geheimdienstchef Fernando de Santibañes ist am Freitagnachmittag zurückgetreten. Er werde jedoch solange im Amt bleiben, bis Präsident Fernando de la Rúa einen Nachfolger präsentiert habe, sagte der Staatsekretär für Kommunikation, Darío Lopérfido, am Freitag vor der Presse.

Demnach unterrichtete der SIDE-Chef de la Rúa bei einem Treffen in der Präsidentenresidenz von Olivos von seinem von einer Vielzahl der Allianz-Spitzen seit langem geforderten Schritt. De la Rúa wolle bereits am Wochenende einen Nachfolger präsentieren, sagte Lopérfido.

Noch am Donnerstag hatte de Santibañes einen Rücktritt aus freien Stücken ausgeschlossen. “Ich bleibe solange im Amt, wie dies der Präsident wünscht”, sagte der SIDE-Chef in einem Gespräch mit der Zeitung “Clarín”. Er stehe zu Abmachungen und erfülle seine Verpflichtungen, erklärte de Santibañes mit Blick auf die mit de la Rúa im vergangenen Dezember abgesprochene 18-monatige Amtszeit an der Spitze des Geheimdienstes, die erst im Juni 2001 abgelaufen wäre.

Erst am Donnerstag waren Unregelmäßigkeiten bei der Führung von Konten des Geheimdienstes SIDE bekannt geworden, die de Santibañes nicht entkräften konnte.

Randglossen

Das Gesetzesprojekt, das den ver-urteilten Rebellen der Besetzung des Regimentes von La Tablada Anfang 1989 eine zweite Instanz einräumt, kommt nicht von der Stelle. Beide Kammern im Kongress befassen sich mit dem Thema, zu dem die Exekutive ihr Projekt beigetragen hat. Beweggrund ist der Vorstoss der Menschenrechtler, die jeweils zwei Instanzen für Strafprozesse laut Konvention von San José de Costa Rica fordern, wogegen die Rebellen nach dem Gesetz zur Verteidigung der Demokratie abgeurteilt wurden, das nur eine Instanz vorsieht und vor der Ratifizierung besagter Konvention rechtskräftig wurde. Mit zwei Instanzen werden die Rebellen vorerst auf freien Fuss gestellt, während ihre Prozesse bei der Berufungskammer laufen. Genau das wollen die meisten Parlamentarier nicht bewirken, weil sie sonst vor der Öffentlichkeit wie dumme Jungens dastehen, die verurteilte Rebellen frei lassen.

In Chile, wo Präsident de la Rúa der Tagung des internationalen Pressever eins beiwohnte, bemühte sich der chilenische Staatschef Ricardo Lagos, seinem Kollegen die Konsistenz der sogenannten Konzertation zu erklären. Diese Parteienallianz besteht aus Christdemokraten und Sozialisten. Sie hat seit der Entlassung Chiles in die Demokratie zwei christdemokratische Präsidenten Aylwin und Frei und den Sozialisten Lagos zu Wahlsiegen verholfen. Wäre die Allianz in Chile auseinandergefallen, dann hätten die Konservativen gesiegt. Nachdem Lagos seinem Kollegen de la Rúa dergestalt ins politische Gewissen geredet hatte, lud der argentinische Präsident am gleichen Abend seiner Heimkehr den demissionierten Vizepräsidenten und Parteivorsitzenden des Koalitionspartners der Radikalen, Carlos „Chacho“ Alvarez, zum Essen in Olivos ein, wo beide offenbar gelobten, die Allianz bei der Stange zu halten. Das Beispiel der chilenischen Konzertation dürfte zumal in Hinblick auf die nächstjährigen Parlamentswahlen im ganzen Land Bände sprechen.

Gouverneurstreffen am Peronistentag

PJ-Politiker beschliessen in Jujuy „Selbstbestätigung ohne Menem“

Entschlossen ein neues Oppositionsprofil zu zeigen, das in Zukunft ihre Beziehungen zur Nationalregierung prägen soll, haben die peronistischen Gouverneure am vergangenen Dienstag, dem Peronistentag, in San Salvador de Jujuy von Präsident Fernando de la Rúa eine neue Haushaltsvorlage für 2001 gefordert (siehe auch „Rebellion...“). Diese solle den Interessen der Provinzen entsprechen. Auch wenn die konkrete Forderung ausschließlich wirtschaftliche Züge aufweist, handelte es sich dabei um einen Schachzug von hohem politischen Gehalt. An einem auch sonst ungewöhnlichen 17. Oktober - mit einem fragmentierten PJ und nach zehn Jahren Regierung zum ersten Mal als Opposition - wollten sich die Mandatare als „neue Parteiführung“ präsentieren und damit eine Position einnehmen, die auf dem Papier Carlos Menem innehat.

Besonderen Stellenwert erfuhr das Treffen zudem durch die Anwesenheit der drei „großen“ Gouverneure des PJ, des bonaerenser Carlos Ruckauf, Carlos Reutemann aus Santa Fe und José Manuel de la Sota aus Córdoba - allesamt mögliche Präsidentschaftskandidaten für 2003. „Lole“ Reutemann, der solchen Treffen für gewöhnlich fernbleibt, wurde eigens von de la Sota, dem konziliantesten aller PJ-Gouverneure, zu der Reise in den Norden überredet.

In Jujuy wurde die Abwesenheit Carlos Menems von den Gouverneuren flugs genutzt, ein neues „Entscheidungsgremium“ des PJ aus der Taufe zu heben. Es soll fortan aus den Gouverneuren und Fraktionschefs sowie deren Vizes im Nationalkongress bestehen und fortan für eine „Selbstbestätigung als Opposition ohne Menem“ stehen.

Unbestätigten Versionen zufolge habe im Vorfeld die Absicht bestanden, den Ex-Präsidenten zumindest als Ehrengast zu dem Treffen am „Día de la Lealtad“ (Tag der Treue) einzuladen. In Jujuy verlautete dazu, die Abwesenheit des Gouverneurs der Provinz La Pampa, Rubén Marín, sei auf das Scheitern dieser Bemühungen zurückzuführen und nicht auf die „Überschwemmungen in La Pampa“, wie ein Sprecher Maríns erklärte. Marín sah sich in den letzten Wochen starkem Druck von menemistischen Parlamentariern und Parteihierarchen ausgesetzt, die Menem in Jujuy sehen wollten. Die Mehrzahl der Gouverneure hatte dies allerdings abgelehnt.

Fern der Personaldebatte war die Kritik der Gouverneure an den Haushaltskürzungen in Höhe von 700 Millionen Pesos, die in der Vorlage der Regierung für 2001 vorgesehen sind und - so die Gouverneure - vor allem den Provinzen schaden, zentrales Thema der Diskussionen in der Provinzhauptstadt. Die Mandatare forderten daher auch in ihrem Schlussdokument von der Regierung, Wirtschaftsminister José Luis Machinea solle den Rotstift nicht beim Rubrum „Provinzausgaben“ sondern bei den „Nationalausgaben“ ansetzen.

Die Gouverneure erklärten in diesem Zusammenhang, dass das Regierungsprojekt nicht die föderale Verpflichtungserklärung respektiere, die de la Rúa am 6. Dezember 1999, vier Tage vor seiner Regierungsübernahme, mit den Gouverneuren unterzeichnet hatte.

Rebellion gegen Haushaltskürzungen

Abgeordnete parteiübergreifend gegen Senkung der Provinzbeihilfen

Abgeordnete von verschiedenen Parteien haben entschieden und fast einstimmig Stellung gegen das Regierungsprojekt über Haushaltskürzungen für 2001 bezogen, dessen Debatte in dieser Woche in der Haushaltskommission des Unterhauses begann. „Da die vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 700 Millionen Pesos nicht von der Nation getragen werden, sondern in ihrer Gesamtheit zu Lasten der Provinzen gehen sollen“ stoße es auf Widerstand, betonte der PJ-Abgeordneter aus Santa Fe und Vize der Haushaltskommission, Oscar Lamberto. Mit den Kürzungen soll dem Gesetz über Steuerverantwortlichkeit nachgekommen werden, dass für 2001 rote Zahlen nur bis zu einer Höhe von 4,1 Mrd. Peso autorisiert.

Nicht nur die Gesamtheit der Abgeordneten des Justizialismus stellt mit der Unterstützung der PJ-Gouverneure die offizielle Initiative in Frage, die eine Kürzung der Staatsausgaben in Höhe von 700 Millionen Pesos vorsieht. Auffallend ist, dass auch ein Teil der Abgeordneten der Allianz, mehrheitlich des Frepaso, den geplanten Kürzungen ablehnend gegenüber steht. Sie bereiten verschiedene Alternativformeln vor, wie der Fraktionsvorsitzende Darío Alessandro gegenüber der Presse erklärte.

Die Regierung rüstet sich unterdessen, den Schachzug der Abgeordneten entsprechend zu beantworten. Am Mittwoch erschien Finanzsekretär Mario Vicens vor der Haushaltskommission, dessen Vorsitzender Raúl Baglini (UCR-Mendoza) ist, um das Regierungsprojekt zu verteidigen. Auch Haushaltsuntersekretär Nicolás Gadano, der Untersekretär für Steuerpolitik, Juan Carlos Gómez Sabaini, und AFIP-Chef Héctor Rodríguez sollen in der kommenden Woche vor der Kommission aussagen.

Im Einzelnen geht es dabei um Subsidien für die Gastarife in Patagonien, die um 29 Prozent gekürzt werden sollen, sowie um Steuerbefreiung für Treibstoffe in Patagonien. Diese soll statt bislang 100 Prozent nur mehr 50 Prozent betragen. Neben dem Aufschub der Tilgungsgarantie der geschuldeten Fonavi-Mittel von 1999 (115 Millionen) ist weiter geplant, den Fondo Especial del Tabaco (Tabaksonderfonds für die nördlichen Provinzen) auf 56 Prozent zu senken.Die geplanten Maßnahmen führten bereits zu regionalen, parteiübergreifenden Zusammenschlüssen, um die Interessen der jeweiligen Region zu verteidigen. Drastischere Töne kamen jedoch aus dem Senat, wo die Justizialisten die Mehrheit haben und rundweg mit der Ablehnung des Projekts drohten.

Treffen de la Rúa-“Chacho“

Erstmals seit dem Rücktritt von Vizepräsident Carlos Alvarez vor zwei Wochen hat sich dieser am vergangenen Dienstag mit Präsident Fernando de la Rúa getroffen. Die Aussprache der beiden Allianz-Politiker vollzog sich im Rahmen eines Abendessens, an dem auch Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini und der Chef der Abgeordnetenfraktion der Allianz, Darío Alessandro, teilnahmen.

Nach dem rund 90-minütigen Treffen zeigte sich de la Rúa „mit dem Dialog sehr zufrieden“. „Die Einheit der Allianz wurde umfassend ratifiziert“, sagte der Präsident. Die Zukunft des SIDE-Chefs Fernando de Santibañes sei hingegen nicht Gegenstand der Unterredung gewesen, sagte der UCR-Politiker. Weitere Einzelheiten des Treffens wollte de la Rúa jedoch ebensowenig wie „Chacho“ nicht preisgeben. Allerdings sollen sich Präsident und Frepaso-Chef darauf geeinigt haben, Frepaso-Politiker in Regierungsposten der zweiten Kategorie zu hieven.

Im Kabinett der Allianz-Regierung ist mit Graciela Fernández Meijide derzeit nur noch ein Frepaso-Mitglied vertreten. Alvarez, einer der entschiedensten Gegner von de Santibañes, war vor 14 Tagen aus Unmut über die Kabinettsumbildung zurückgetreten, bei welcher der SIDE-Chef und mutmassliche Akteur im Senatsskandal in seinem Amt bestätigt worden war.

SERVICIOS DIGITALES
www.multimedia.com.ar
O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - Repœblica Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Umstrittene Malwinenreise Di Tellas

Ex-Außenminister von Gouverneur Lamont empfangen / Kritik Rodríquez Giavarinis

Am Freitag der vergangenen Woche war es so weit. An diesem Tag machte Ex-Außenminister Guido Di Tella sein im Juli des vergangenen Jahres - einen Tag nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Wiederaufnahme der Kommunikationen zwischen Argentinien und den Inseln - gegebenes Versprechen wahr, die Malwinen zu besuchen.

Ungeachtet der Opposition vieler Inselräte und öffentlich vorgetragener Kritik über den Besuch wurde der Außenminister der Menem-Ära von Insel-Gouverneur Donald Lamont am Flughafen empfangen. Lamont scheute sich auch nicht, die nicht unerhebliche Entfernung bis in die Hauptstadt Puerto Argentino gemeinsam mit dem Gast im selben Wagen zurückzulegen. Danach tranken beide nach guter britischer Tradition erst einmal eine Tasse Tee. Gouverneur und Ex-Außenminister unterhielten sich angeregt auf englisch - politische Themen wurden jedoch geflissentlich umschifft.

Unmittelbar nach der Unterredung flog Di Tella nach Port Howard auf einer anderen Insel des Archipels, um eventuellen Anfeindungen von Demonstranten zu entgegen. Dort blieb der Ex-Funktionär vier Tage lang, bis sich auch die unversöhnlichsten Gemüter der Kelpers sich beruhigt hatten.

Mehrere der Inselräte kritisierten jedoch den Empfang, den Lamont Di Tella zuteil werden ließ. Trotz seiner - oder vielleicht gerade deshalb - „Politik der Verführung“ gilt der ehemalige Aussenminister vielen Kelpers als der „Anstifter“ der argentinischen Forderungen über die Souveränität des Archipels. Die Inselrätin Norma Edwards warf Lamont in diesem Zusammenhang vor, sich für den „Siegesumzug Di Tellas auf den Inseln herzugeben“.

Ihre Erklärungen füllten die Titelseite des auf den Inseln erscheinenden Wochenblatts „Penguin News“, das die gesamte aktuelle Ausgabe der argentinischen Frage gewidmet hatte. Auf Seite 5 veröffentlichte die Zeitung dabei einen offenen Brief von Ex-Präsident Carlos Menem an die Inselbewohner, worin dieser Erinnerungen an seine London-Reise wachruft und versichert, dass die Allianz die Malwinen-Politik nicht ändern werde.

Dabei übersah Menem jedoch bewusst, dass de la Rúas Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini keineswegs von der Verführungspolitik seines Vorgängers angetan ist. Denn während sich die „Hardliner“ unter den Kelpers in London über Lamonts Treffen mit Di Tella beschwerten, stellte Rodríguez Giavarini in Buenos Aires fest: „Di Tella hätte besser nicht fahren sollen.“

WOCHENÜBERSICHT

De la Rúa in Chile

Präsident Fernando de la Rúa (links neben seinem chilenischen Amtskollegen Ricardo Lagos) strebt eine „Vervollkommnung“ der Pressefreiheit an. Bei der Eröffnung der 56. Vollversammlung der Interamerikanischen Gesellschaft für Presse und Medien (SIP) sagte de la Rúa am Dienstag in Santiago de Chile, die Pressefreiheit sei der „Grundbaustein jeder Demokratie“. Er wolle sich daher dafür einsetzen, dass in Argentinien Medien „noch mehr als bisher ungehindert“ arbeiten könnten. Zu dem Treffen waren neben den Präsidenten Argentiniens, Chile, und Uruguays 1.200 Journalisten angereist.

Pressefreiheit I

Wegen „Verletzung des Hausrechtes, Verursachung schwerer Schäden und Widerstand gegen die Staatsgewalt“ hat ein Richter der Provinz San Luis in der vergangenen Woche den Journalisten Eduardo Olivares festnehmen lassen. Der Radio-Journalist (Radio Dimensión) aus San Luis versicherte hingegen, die Festnahme sei Teil einer Verfolgung durch den Richter Carlos Varela. Der Journalist hatte in seiner Sendung mehrfach von „Unregelmäßigkeiten“ in dem Gericht berichtet, an dem Varela tätig ist.

Pressefreiheit II

Die in Santiago del Estero erscheinende Zeitung „El Liberal“ hat bei der Pressevereinigung ADEPA neuerlich Anzeige wegen „politischer Verfolgung und Spionage aus Kreisen der Provinzregierung“ erstattet. Die Behörden ihrerseits werfen der Zeitung vor, die Unregelmäßigkeiten nicht den zuständigen Stellen mitgeteilt zu haben.

Moyano bei Bullrich

Das erste Treffen zwischen der neuen Arbeitsministerin Patricia Bullrich und dem Direktionsrat der Dissidenten-CGT unter Führung von Hugo Moyano hat am Dienstag keine Annäherung der beiden Seiten gebracht. Die Ministerin bestätigte nach der mehrstündigen Unterredung die „volle Gültigkeit“ der Arbeitsreform, Moyano wiederholte seine Ablehnung des Gesetzes. Nach Ansicht des Generalsekretärs der Dissidenten-CGT fehlt es der Norm angesichts der Bestechungsaffäre im Senat an „Rechtsgültigkeit“.

Justizreform

Nach Ansicht des neuen Justizministers Jorge de la Rúa soll die Bundeshauptstadt eine von der Bundesjustiz unabhängige Rechtsprechung haben. Er werde „an dem Prozess der Überleitung der Justiz weiterarbeiten, weil Buenos Aires keine lahme Regierung haben kann“, sagte der Präsidentenbruder. Unterstützt wird der Justizminister bei seinem Vorhaben von Stadtregierungschefs Aníbal Ibarra. Einwände hingegen haben die Richter, die eine Überführung als verfassungswidrig ansehen und außerdem fürchten, dass ihr Recht auf Unversetzbarkeit verletzt wird.

Bellos Nachlass

Die Regierung sieht sich inmitten der Konflikte in Senat, Allianz und im Agrarbereich einem neuen Problem als Folge eines Vertrages gegenüber, den die menemistische Ex-Funktionärin Claudia Bello unterzeichnete. Dabei geht es um eine Forderung mehrerer Softwarehersteller in Höhe von fünf Millionen Dollar für die Verwendung von illegal kopierten Programmen in der öffentlichen Verwaltung. In dem im Oktober 1999 von Bello unterzeichneten Vertrag war als eine Entschädigung die Zahlung dieser Summe festgeschrieben worden. Die Regierung will alle von Claudia Bello unterzeichneten Verträge einer eingehenden Prüfung unterwerfen. Den Softwareherstellern soll eine neue Regelung angeboten werden.

Numerus clausus

Die Medizinische Fakultät der Nationaluniversität von Córdoba plant eine Beschränkung der jährlichen Immatrikulierung auf 500 Studenten. Ziel der Beschränkung der Studenten sei eine bessere Ausbildung in Übereinstimmung mit den verfügbaren Kapazitäten in der Krankenhausinfrastruktur sowie eine adäquate Korrelation Student/Patient, hiess es in einer Pressemitteilung.

Vorortzüge

Der sozialdemokratische Abgeordnete Héctor Polino hat sich energisch gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen, mit welchen das in Finanzschwierigkeiten steckende Eisenbahnunternehmen „Trenes de Buenos Aires“ seine Investitionen finanzieren will. Polino wies darauf hin, dass das „perverse Kriterium (Verteuerung der Fahrkarten) des Menemismus nicht wiederholt werden darf“.

Frauen-Power

Beim 15. Nationalen Frauentreffen in der Provinzhauptstadt Paraná haben am vergangenen Wochenende rund 10.000 Frauen aus ganz Argentinien ein Gesetz gefordert, das den Frauen 50 Prozent aller politischen Ämter des Landes zusichert.

Patt beim Superclásico

Südamerika-Meister Boca Juniors hat sich auf dem Kurs in Richtung 19. Meisterschaft auch nicht vom Erzrivalen River Plate abbringen lassen. Nach dem verdienten 1:1 (0:1) am vergangenen Sonntag im Superclásico gegen River Plate führt die Mannschaft von Trainer Carlos Bianchi nach zehn Spieltagen des Torneo Apertura bei 27 Punkten die Tabelle weiter mit sechs Zählern vor den „Millonarios“ an, die jedoch ein Spiel weniger als die „Xeneizes“ ausgetragen haben. Die Tore in einer intensiv geführten, jedoch an spielerischen Höhepunkten armen Begegnung vor 65.000 Zuschauern im ausverkauften Monumental erzielten Martín Palermo (Boca, 14.) und Javier Saviola (River, 59.). Negative Höhepunkte einer trotz aller Ressentiments fair geführten Begegnung waren die Roten Karten gegen Boca-Coach Bianchi (73.) wegen Meckerns und River-Spielgestalter Ariel Ortega (90.) wegen Foulspiels. Dank der seit Wochen sattelfesten Hintermannschaft, eines eingespielten Mittelfeldes um den einmal mehr überragenden Juan Riquelme und des (wiederum) treffsicheren Torjägers Palermo dominierten die Blau-Gelben in der ersten Halbzeit in der „Höhle des Löwen“ das Spielgeschehen und führten zur Pause verdient mit 1:0. Palermos Kopfballtor war bereits dessen neunter Saisontreffer, womit er die alleinige Führung in der Torjägerliste vor River-Stürmer Juan Pablo Angel übernahm.

Auch wenn der Titelverteidiger und Gastgeber im zweiten Abschnitt besser ins Spiel fand, die Partie nun weitgehend dominierte und zu zahlreichen Torchancen kam, erreichte das Offensiv-Quartett der Gallego-Truppe mit Aimar, Ortega, Angel und Saviola nicht das gewohnte Rendement. Einzig Saviola behielt vor Boca-Keeper Córdoba die Nerven und glich für den Meister aus. Trotz bester Chancen (Berizzo allein vor Córdoba) versäumte es River in der Drangphase nach dem Ausgleich, die Partie zu entscheiden.

Torneo Apertura

Zehnter Spieltag: River Plate - Boca Juniors 1:1; Vélez - Chacarita 1:0; Colón - San Lorenzo 3:2; Independiente - Talleres 1:2; Estudiantes LP - Racing 1:1; Rosario Central - Los Andes 6:2; Belgrano - Newell’s 5:1, Huracán - Unión 0:1; Lanús - Argentinos Jrs. 1:1; Almagro - Gimnasia LP 0:1.

AUSFLÜGE UND REISEN

Drahtseilbahn in Tandil und preiswerte Kreuzfahrten

Ein interessantes Reiseziel ist Tandil, 350 Strassenkilometer von der Bundeshauptstadt entfernt. Besonders zu Ostern reisen Pilger zu Tausenden nach Tandil, um dort an der Passionsprozession teilzunehmen. Doch auch die Umgebung dieses Ortes mit 90.000 Einwohnern inmitten einer lieblichen Hügellandschaft ist zu jeder beliebigen Jahreszeit recht anziehend. Jetzt hat die Stadt sich einen Sessellift zugelegt, mit dem man von der Basis ausserhalb der Stadt bis auf die Spitze des Cerro El Centinela fahren kann. Dieser sieben Meter hoch aufragende Felsblock, wie ein Wachtposten stumm dastehend, krönt eine Felskuppe und ist ein beliebter Aussichtspunkt.

Nun kann man mit dem Lift in einer Fahrt über Wälder und Felder in 20 Minuten den Centinela bequem erreichen; das Billett kostet 8.50 Pesos. Diese Aerosilla bildet einen Teil der Attraktionen, die die Umgebung von Tandil bieten. Es gibt auch Gruppenprogramme mit Sondertarifen für Schulklassen. Auskunft erhält man über die Rufnummer 02293-448933.

Tandil war die erste grosse Touristenattraktion Argentiniens, seit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Eisenbahn die damalige Kleinstadt erreichte, die sich rund um ein gegen die Eingeborenenangriffe mitten in der Pampa errichtetes Fort gebildet hatte. Denn eine regelrechte Weltsensation war seinerzeit die Piedra Movediza, ein auf einem Granithügel ruhender Felsblock, der unmerklich, aber leicht wippte. Die Bewegung war zwar mit blossem Auge nicht zu erkennen, doch wenn man beispielsweise eine Flasche darunter legte und den Brokken anstiess, zersplitterte knirschend das Glas.

Am 29. Februar 1912, ein Schalttag, glitt der 300 Tonnen schwere Brocken von seiner Unterlage und zerbrach am Fuss des Berges, wo noch seine Reste daliegen. Für die Stadt bedeutete dieser Unfall ein wahres wirtschaftliches Unglück, und ein grosses, modernes Hotel, das direkt am Fuss der Movediza errichtet werden sollte, wurde schliesslich an der Plaza Independencia im Stadtzentrum aufgebaut, weil schon alle Materialien bestellt waren. Und der Fremdenverkehr erlahmte fast ganz.

Mit den jüngsten Einrichtungen versucht Tandil mit Erfolg, an die Tradition anzuknüpfen.

Kreuzfahrten - kurz und preiswert

Erholungsreisen auf Kreuzfahrtschiffen dauern meist lang und sind entsprechend teuer. Costa Cruceros führt nun ab dieser Saison eine interessante Variante ein, die für manchen attraktiv sein dürfte: neben ausgedehnten Törns entlang der brasilianischen Küste oder in die feuerländischen Fjorde stehen diesmal auch mehrere Kurzausflüge auf dem Programm. So werden zwei Mini Cruceros von Buenos Aires nach Punta del Este am 5. und am l2. Dezember angeboten (drei Nächte an Bord, 360 Dollar pro Person in Doppelkabine), und eine weitere Reise Buenos Aires - Punta del Este - Rio Grande do Sul und retour (vier Übernachtungen) zu 480 Dollar in der Einheitsklasse.

Segeltörns ab Puerto Madero

Wer die Skyline von Buenos Aires vom Fluss aus geniessen möchte, hat jetzt die Möglichkeit, im Hafen ein Segelboot zu chartern und auf dem Río de la Plata zu kreuzen.

BiCompany ist ein kleines Unternehmen, das mehrere Jachten im Yacht Club Puerto Madero liegen hat, die man, samt Skipper, mieten kann. Eine vierstündige Kreuzfahrt vom Hafen vorbei an Belgrano bis Olivos und zurück kostet 30 Pesos pro Person, eine ganztägige Tour 60 Pesos, ein Wochenende 200. Interressenten erhalten nähere Auskunft unter der Telefonnumer 4375-1555.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,55%.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,7% auf 432,24, der Burcapindex um 3,7% auf 772,05 und **der Börsenindex um 3,1% auf 16.936,27.**

***

Der durchschnittliche Rindfleisschpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,1% auf $ 0,8320.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 13.10 $ 25,10 Mrd., der Banknotenumlauf $ 14,01 Mrd. Vor einer Woche warten es $ 25,85 Mrd. bzw. 14,21 Mrd., vor einem Monat $ 24,95 Mrd. bzw. $ 13,94 und vor einem Jahr $ 23,41 bzw. $ 14,23.

***

Gegen Jahresende werden in Buenos Aires Stadt 3 weitere Luxushotels mit insgesamt 500 Zimmern eröffnet: Das 5-Sternehotel Emperador, Avda. Libertador 400, mit 271 Zimmern, eine Investition von U$S 30 Mio. einer spanischen Gruppe, Das Naindo, 4 Sterne, Carlos Pellegrini zwischen Córdoba und Paraguay, rd. 100 Zimmer und U$S 20 Mio. Investition und das LoiSuite S Recoleta, ebenfalls 4 Sterne, Vicente López gegenüber dem Mujica Láinezplatz, 32 2-Zimmersuites und 80 Räumen für Manager. Die Investition betrug U$S 15 Mio.

***

Nach einer Ermittlung des Verbandes CAME (Coordinadora de Actividades Mercantiles Empresarias) bei 130 grossen, mittleren und kleinen Geschäftslokalen in Buenos Aires Stadt, gingen die Umsätze zum Muttertag im Vorjahresvergleich um 20% zurück. Als Hauptgründe gibt der Verband Unsicherheit durch den Rücktritt des Vizepräsidenten und das lange Wochenende an. Der Fremdenverkehr war ausverkauft. Am meisten ging der Absatz von Juwelen und Bijouterie zurück: 29% vor CD-Platten und Musikcasetten, 27%. Blumen und Dekorationen 25% und Bekleidung 20%. Die Geschäfte, die alles um $ 1,99 anbieten, konnten ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr behaupten; das sei ein Beweis, dass viele kleine Aufmerksamkeiten geschenkt wurden.

***

Die Zitronenernte in Tucumán erreichte 1,1 Mio. t, um 6% mehr als im Vorjahr. Damit hält die Provinz den Rekord als grösster Zitronenproduzent der Welt, vor den USA.

***

Ab nächstem Jahr wird die Bundesstrasse Nr. 7 in der Provinz San Luis in eine Autobahn verwandelt. Die Strasse zwischen den Provinzgrenzen mit Córdoba und Mendoza trägt einen grossen Teil des Warenverkehrs Brasiliens, Paraguays und Uruguays mit Chile. 2003 läuft die Mautkonzession von Caminos del Oeste ab.

***

Seit Beginn des Verschrottungsplanes im Mai 1999 wurden in seinem Rahmen 343.708 Altwagen abgemeldet. Ihre Verschrottung wurde von der zur Techintgruppe gehörenden Scrap Service durchgeführt. Bis Ende September wurden im Austausch 265.480 fabriksneue Kfz neuangemeldet, davon 185.480 über den Canje-Plan mit $ 3.000 + MwSt. Gutschrift pro abgeliefertem Kfz und 80.000 über den Canje Plus-Plan mit $ 4.000 + MwSt. Gutschrift. Der Eintausch von 78.228 Kfz, für die Gutschriften ausgestellt wurden, steht noch aus. Davon sollen rd. 40.000 gekauft aber noch nicht ausgeliefert sein. Die Zukunft der restlichen 38.228 Gutschriften ist 14 Tage vor Ablauf der Endfrist offen.

***

Die Hälfte der Marken-Nahrungsmittel, die in Supermärkten gekauft werden, sind billigere oder supermarkteigene Marken, die preiswerter sind, wie die Consultingfirma AC Nielsen ermittelt hat. Erste Marken machen 51% der Umsätze aus, gegen 58% vor 2 Jahren. Der Rückgang wäre grösser, wenn die Hersteller der 1. Marken ihre Preise nicht um durchschnittlich 8,8% gesenkt hätten.

***

Die Finanzwebsite Patagon.com hat bei der ZB angesucht, damit die in Europa bereits tätige Patagon Internet Bank eine argentinische Filiale eröffnen kann. Patagon ist bereit, die U$S 15 Mio. Mindestkapital einzuzahlen, um hier einen Regional-Onlinedienst bieten zu können.

***

Ein Konsortium an dem Dycasa mit 60% beteiligt ist, hat den Zuschlag für den Streckenteil B, von Parque Patricios bis Plaza Once, der U-Bahn „H" erhalten. Der Bau wurde für U$S 63,8 Mio. verpflichtet. Die H-Strecke wird über Umsteigplätze Retiro mit der Puente La Noria verbinden. Die Trasse geht von Retiro über Balvanera nach Parque Patricios und Nueva Pompeya. Umsteigverbindungen zu den A und E Strecken sollen Verbindung zu den Stadtteilen Almagro, Caballito, Flores Sud und Villa Soldati bieten.

***

Angesichts der Börsenstimmung beschloss die Roggiogruppe nicht 49% sondern nur 25% der Metrovías-Aktien anzubieten. Der erzielte Preis, $ 10 pro Aktie, lag gut 20% unter den erwarteten $ 12,10 bis $ 12,70.

***

Durch Dekret 909/2000 (Amtsblatt vom 17.10.00) wurde die Bevorzugung lokaler Unternehmen bei Käufen des Staates, seiner Organe, Unternehmen und auch von Unternehmen, die auf Grund von Konzessionen tätig sind, reglementiert. Grundsätzlich geht es um ausreichende Veröffentlichungen der Ausschreibungen und die Bevorzugung nationaler Unternehmen, die darin besteht, dass sie bei Abweichungen von 5% gegenüber den Angeboten eines ausländischden Konkurrenten Gelegenheit haben, ihr Angebot zu korrigieren, den gleichen Preis zu bieten und den Zuschlag zu erhalten. Grundsätzlich bezieht sich das Dekret auf das Dekret 436/2000 das staatliche Käufe und Verkäufe gründlich reglementiert.

***

Nach vorläufigen Angaben des Statistikamtes hat die Industrieproduktion im September saisonbereinigt im Vormonatsvergleich um 3% zu- und im Vorjahresvergleich um 1,4% abgenommen. Hauptzunahmen verzeichneten im Vorjahresvergleich Agrochemie mit 52%, Industriegase 22%, Stahl 19%, synthetische und Kunstfasern 12% und Aluminium 10%. Die wichtigsten Rückgänge hatten Metallverarbeitng -18%, anderes Baumaterial -17%, Zement -11% und Erdölverarbeitung -11%.

***

Die Wirtschaftsführung hat Wechselbonds für U$S 100 Mio. mit Fälligkeit August 2002 untergebracht und zahlt dafür 11,71% im Jahr. Im Vormonat wurden 10,51% bezahlt. Auch der Spread gegenüber T-Bonds nahm trotz des sehr flüssigen Geldangebotes seitens der Banken von 350 Basispunkten auf 400 zu.

***

Kabinettschef Colombo hat seine nähesten Mitarbeiter, alle aus dem Parteikader der Radikalen Bürgerunion (UCR), vorgestellt, Marcelo Acuña übernimmt das Unterstaatssekretariat für die Koordinierung der Ministerien. Bisher hatte er dieses Amt unter Verteidigungsmnister López Murphy inne. Rubén Torres zieht in das Unterstaatssekretariat für Steuereintreibung und Durchführung des Haushaltsplanes. Er ist ein ständiger, tüchtiger Referent der UCR, war nie in der Privatwirtschaft tätig und kommt aus dem Innenministerium. Chefberater der Amtes wird Manuel Ciwyn. Er war Verbandsvorsitzender der Textilindustrie und während der UCR-Regierung der 80er Jahre im Vorstand der jetzt in Liquidierung befindlichen Staatlichen Entwicklungsbank, deren Vorsitz einmal Kabinettschef Colombo ausübte. Eduardo Delle Ville, ehemaliger Schatzsekretär der Stadt Buenos Aires und Beamter des Budgetamtes im nationalen Schatzamt, wurde zum Berater ohne Entgelt ernannt.

***

Wirtschaftsminister Machinea kündigte an, dass bei Kfz-Anmeldungen im entsprechenden Register oder bei Eigentumsübertragungen eine Kopie der Haftpflichtversicherung vorgelegt werden muss. Etwa die Hälfte der Kfz haben diese Versicherung nicht.

***

Die Landwirtschafts-Website

Auslandsinvestitionen: Über U$S 11 Mrd. im 1. Halbjahr

Die im ersten Halbjahr 2000 bestätigten bzw. begonnenen direkten Auslandsinvestitionen in Argentinien betragen bereits U$S 11,2 Mrd. Grösster Investor waren die USA mit rd. U$S 4 Mrd., vor Spanien mit U$S 2 Mrd. und Frankreich mit U$S 1,7 Mrd.

Ausser den stark expansiven Fernverbindungen, die 11% des gesamten Investitionsvolumens brachten, war Erdöl bedeutend, in das besonders Frankreich durch den Kauf der Beteiligung von TransCanada Pipelines an GasAndes, TGN und TGM durch TotalFina ELF stark investierte, wie die Invertir-Stiftung bekanntgab.

Obwohl die Bergbauinvestitionen im Jahr 2000 bis Ende Juni U$S 240 Mio. ausmachten, muss das Vorhaben der kanadischen Barrick Gold in Pascua Lama besonders hervorgeheben werden. Das U$S 950 Mio. Vorhaben ist weltweit das erste, bei dem in zwei Staaten gleichzeitig, über die Landesgrenze hinweg, gearbeitet wird, wie es das gegenseitige Bergbauabkommen zwischen Argentinien und Chile möglich macht.

Die Herstellung von Transportmitteln, die Kfz, Flugzeuge, Schiffe und ihre Zuliefer- und Ersatzteile einschliesst, machte 13% der direkten Auslandsinvestitionen aus, die Hälfte davon wurden von Ford und General Motors über ihre hiesigen Niederlassungen getätigt.

In die Herstellung von Chemikalien wurden im genannten Halbjahr U$S 1,26 Mrd. investiert, 50% davon von Repsol YPF in ihre Kunstdüngererzeugung Profértil, Petroquímica Bahía Blanca, Compañía Mega und die Methanolfabrik. Die US-Unternehmen Dow Chemical, Dial Corporation und Procter & Gamble waren mit 22% an den Direktinvestitionen in die Chemie beteiligt.

Bei Infrastruktur und Transportdiensten stand die italienische Impregilo über Iglys mit der argentinischen Cartellone durch das Caminos de la Sierra Vorhaben an erster Stelle. Zusammen mit Autopistas de Sol (einem Konsortium aus Sideco, Dragado y Construcciones und Impregilo), die die 2. Bau-etappe der Autobahn für die Nordeinfahrt von Buenos Aires Stadt fertigstellten, haben sie 30% der Halbjahresinvestitionen in ihrem Branchensegment beigetragen

Bei Dienstleistungen im Handelsbereich haben die Investitionen von Home Depot, Wal-Mart und Exxel U$S 560 Mio. betragen.

Info-agro.com.ar hat nach 500 Tagen online ihr Erscheinen in Ermangelung der notwendigen Mittel aufgegeben. Sie hatte BtB (Business to Business) Verbindungen für Landwirte, Markt- und Wetterberichte, Werbung usw. geboten.

***

Ab Montag, dem 23.10. wird, es möglich sein, Moratoriumsraten für das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) durch automatische Kontenbelastungen zu bezahlen. Um den Weg zur Bank zu sparen, ist ein bei Fälligkeit gedecktes Konto Voraussetzung. Nach amtlichen Schätzungen beträgt die Nichterfüllungsquote des Moratoriums, das am 3.7. abgelaufen ist, 15%. Der Satz soll durch die automatischen Belastungen verringert werden.

***

Ab 1.11.00 ist es Pflicht des Arbeitgebers, Neueinstellungen bis 24 Stunden vor Arbeitsantritt anzumelden. Bis zum 31.10 können bisherige Schwarzeinstellungen bereinigt werden. Wie das Amt für Öffentliche Einnahmen mitteilte, wurden bisher rd. 7.000 dieser Arbeitsverhältnisse bereinigt.

***

Die französische Supermarktkette Casino hat auch das 20%ige Restpaket der Supermarktkette Libertad in Córdoba, mit Filialen in Tucumán, Mendoza und Chaco, für U$S 65 Mio. erworben. 1998 erwarb Casino 75% vom Libertad-Gründer Bugliotti für U$S 202 Mio. Seit damals ist der Marktwert von Libertad somit um 20% auf U$S 325 Mio. gestiegen.

***

Wegen einer Verordnung der Gesetzgebenden Körperschaft von Buenos Aires Stadt bleibt am 6.11., dem Tag des Bankbeamten, auch die ZB geschlossen. Bei Abwicklungen über Direktanschlüsse von Banken im Landesinneren mit der ZB könnten dadurch Verbindungsschwierigkeiten auftreten, da der Tag nicht in allen Provinzen gefeiert wird.

***

Die Saatfläche mit Sojabohnen für das Erntejahr 00/01 wird mit 9,8 Mio. ha(+12%) ein neuer Rekord, wie das Landwirtschaftssekretariat bekanntgab. Ein Teil der Zunahme werde durch geringere Sonnenblumen- (-26%) und Mais (-7%) Aussaaten ermöglicht. Die gesamte Getreide-, Hülsenfrüchte- und Baumwollernte werde mit 64,1 Mio. t um 6,2% über der letzten liegen und die 2.grösste Argentiniens nach dem Rekordjahr 97/98 sein. Zunahmen werden bei Weizen, Sorghum, Erdnüssen und verschiedenen Getreidearten erwartet, Verringerungen bei Sonnenblumen, Mais, Reis, Bohnen und Baumwolle.

***

Der britische Handels- und Industriesekretär Byers sprach mit der Wirtschaftsführung über mögliche Investitionen britischer Unternehmen in Argentinien für U$S 500 Mio. bis Jahresende. Kerngebiete seien Kommunikation und Hafenanlagen. Byers führte eine Delegation an, der u.a. die Warburg Bank, HSBC Bank, Zürichgruppe, P&O (Hafenbau), Shell und National Grid (Kommunikation, an Transener beteiligt), angehörten.

***

J. Vives, Präsident der Tabakindustrie-Kammer, erklärte, die Industrie bemühe sich, das Abkommen mit der Regierung vom Juni zu erfüllen und gegen niedrigere Zigarettensteuern ein Steueraufkommen von $ 590 Mio. zu garantieren. Zu Monatsende würden endgültige Zahlen vorliegen. Das Abkommen sieht den Schrittweisen Abbau der Not-Sondersteuer auf Zigaretten nach Gesetz Nr. 25.239 von 21% auf 7% vor, mit der Auflage, dass das Steueraufkommen nicht unter $ 1,8 Mrd. im Jahr falle.

***

Fitch IBCA hat die Benotung der von der Weltbank garantierten argentinischen Nullkoupon-Bonds Serie B, U$S 250 Mio., von A auf AAA, die höchstmögliche Bewertung, angehoben. Argentinien habe die U$S 250 Mio. der A-Serie pünktlich bedient, womit deren Benotung auf die B-Serie übergeht. Die A-Benotung der Serien C, D und F befindet sich 5 Stufen über jener für argentinische Staatspapiere.

***

Die in Spanien im Wirtschaftsbereich führende Verlagsgruppe Recoletos hat der Staatlichen Wertschriftenkommission (CNMV) mitgeteilt, dass sie 100% der argentinischen Sadei SA, Herausgeberin der Zeitung El Cronista, und Mind Opener SA, die die Zeitschriften Apertura, Target und Information Technology herausgibt, erworben hat. Die Pearsongruppe, Herausgeberin der Financial Times, besitzt 100% von Recoletos, deren Kapital mit U$S 1,47 bis 1,72 Mrd. beziffert wird. Recoletos besitzt auch 15% von El Diario, der führenden chilenischen Handels- und Wirtschaftszeitung, sowie 50% des führenden portugiesischen Wirtschaftsverlages Económico, der dort Diario Económico, Semanario Económico und Valor y Fortuna herausgibt. In Spanien hat ihre Zeitung Expansión mit einer täglichen Auflage von 60.000 rd. 59% Marktanteil im Wirtschaftsbereich. Ihre Website Expansión directo hat 10 Mio. Besuche im Monat. Auch gibt sie die erfolgreiche Sportzeitung Marca heraus und ist an der Tageszeitung El Mundo beteiligt. Die Pearsongruppe besitzt auch 50% von The Economist.

***

Das mittelständische deutsche Unternehmen Q-Telecell, das 30% seines Umsatzes von U$S 35 Mio. in Lateinamerika erwirtschaftet, kommt nach Argentinien. Es spezialisiert sich auf drahtlose Festtelefone, die aufgestellt werden, wo Drahtlegungen unwirtschaftlich sind. Telecom, sein erster Kunde in Argentinien, hat 35.000 seiner Telefone in landwirtschaftlichen Gebieten im Norden Argentiniens aufgestellt. Bisher hat Q-Telecell U$S 4 Mio. investiert und will

Das Wirtschafts-Notstandsgesetz

Das verabschiedete Gesetz bestimmt u.a. :

Der Notstand

- Es wird der wirtschaftliche und finanzielle Notstand des Staates, sowie der Dienstleistungen und der Erfüllungen von Verträgen zu Lasten der Öffentlichen Hand ausgerufen.
- Ausgenommen davon sind die Tätigkeiten den Banken de la Nación und BICE.
- Dauer des Notstandes ist ein Jahr.

Verträge des Staates

- Die Regierung wird ermächtigt, von Bau-, Dienstleistungs-, Liefer-Beratungs- oder jede andere Art von Verträgen, die vor dem 10.12.1999 geschlossen wurden, zurückzutreten oder sie neu auszuhandeln.
- Ausgenommen sind die im Rahmen der Privatisierungen unterzeichneten Verträge über öffentliche Unternehmen und jene, die im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen abgeschlossen wurden.
- Die Regierung muss innerhalb von 30 Tagen entscheiden, welche Verträge in Kraft bleiben, neu ausgehandelt oder storniert werden.
- Im Streitfall können die Geschädigten dem Staat gegenüber keine Verdienstentgänge geltend machen.
- Von der Regierung beanstandete Verträge werden nicht storniert, wenn das Vorhaben durch Änderung der Bedingungen weitergeführt werden kann.
- Die Weiterführung kann erfolgen, durch Anpassung der Pläne an die verfügbaren Mittel, Umschuldungen, Anpassung des Vorhabens an die vom Staat geforderten Einsparungen oder durch Verzicht des Vertragspartners auf das Inkasso unproduktiver Ausgaben.
- Die neuen Abkommen müssen innerhalb von 180 Tage nach Veröffentlichung des Gesetzes unterschrieben und von der Parlamentskommission für die Staatsreform genehmigt sein.

Flexibilisierung der Beamtenarbeit

- Die Regierung kann die Arbeitsplätze der Beamten innerhalb eines geographischen Gebietes ändern, bei Beibehaltung der Lohnskala.
- Das Recht kann durch 180 Tage ausgeübt werden.
- Ausgenommen bleibt Personal, das im Kollektivvertrag inbegriffen ist, der zwischen Andrés Rodríguez von der Staatsbeamtengewerkschaft UPCN und dem Staat während der Regierung Menem abgeschlossen wurde.
- Sie wird nicht auf Parlamentsangestellte angewendet.
- Die Regierung kann Bestimmungen von Führungspersonal widerrufen, das nach dem 1.5.99 für die Ränge unmittelbar unter einem Unterstaatssekretär oder einem entsprechenden Amt mit gesicherter Stabilität eingestellt wurde.
- Das davon betroffene Personal wird mit einem Monatsbezug für jedes Jahr, das zum Ablauf seines stabilisierten Arbeitsverhältnisses fehlt, entschädigt.

Prozesse gegen den Staat

- Alle Fristen bei Prozessen gegen den Staat werden aufgehoben, bis die Rechtsstelle des Schatzamtes (Procuración del Tesoro de la Nación) von den Klagen verständigt worden ist.
- Diese Rechtsstelle verfügt über eine 20tägige Frist, um an dem Prozess teilzunehmen und die Verteidigung des Staates zu sichern.

Konsolidierung der Passiven

- Alle zwischen dem 31.3.1991 und dem 1.1.2000 fälligen Schulden des Staates werden konsolidiert, desgleichen seine Schulden an die Sozialversicherung ab 31.8.1992 bis zum 1.1.2000.
- Die auf $ 6 Mrd. geschätzten Schulden an die Sozialversicherung werden erst nach dem Rechtsspruch des Obersten Gerichtshofes konsolidiert.
- Ausgenommen bleiben die Schulden von Buenos Aires Stadt und des liquidierten Staatlichen Rückversicherungsinstitutes.
- Es werden Bonds ausgegeben, auf 16 Jahre für die Zahlung allgemeiner Schulden (Staatslieferanten) und auf 10 Jahre für Schulden der Sozialversicherung.
- Die Bonds sind Bocon Serie 4 Schatzscheine und Konsolidierungsbonds für die Sozialversicherung Serie 3.

Schuldkompensation zwischen Staat und Provinzen

- Es wird ein Kompensationssystem für Schulden zwischen dem Staat, den Provinzen und der autonomen Stadt Buenos Aires geschaffen.
- Die Differenzsalden werden mit Bonds zu Lasten des Staates oder der jeweiligen Provinz abgegolten, je nachdem wer der Schuldner ist. Die meisten Provinzen werden Gläubiger sein.

bis Jahresende auf U$S 6 Mio., 2001 auf U$S 9 Mio. kommen.

***

E. Eurnekian, Hauptanteilseigner der Flughafenkonzessionärin Aeropuertos Argentina 2000, hat 30% von Southern Winds für U$S 30 Mio. erworben. Das 1997 gegründete Flugunternehmen befördert heute um 500% mehr Fluggäste, hat um 350% mehr Umsatz und bietet täglich 108 Flüge von Buenos Aires und Córdoba.

***

Die FIEL-Stiftung hat ermittelt, dass angesichts der Menge flüssiger Kraftstoffe, die in Patagonien mit Steuerbegünstigungen verkauft werden, alle dort eingetragenen Kfz 24 Stunden im Tag in Betrieb sein müssten. Die den patagonischen Provinzen gewährten Steuerbegünstigungen betragen bei Superbenzin 48,6, bei Normalbenzin 38,7 und bei Dieselöl 12 Centavos pro Liter und kosten den Staat über $ 187,33 Mio. im Jahr.

***

Hypothekenkredite sind im September weiter billiger geworden. Wie das Staatssekretariat für Konkurrenz- und Verbraucherschutz bekanntgab, werden die meisten Kredit in Dollar aufgenommen,da die Zinsen billiger sind. Es scheint keine Furcht vor einer Abwertung zu bestehen. Dollarkredite seien in diesem Jahr von 13,8% auf 12,7% zurückgegangen. Die Kreditgeber bieten laufend neue Möglichkeiten an, was die Nachfrage anregt. Im letzten Halbjahr nahmen die Dollarkredite um U$S 800 Mio. zu, Pesokredite gingen um $ 400 Mio. zurück.

***

Dem Lkw-Transport wird bei landesweit 150 Tankstellen Dieselöl zu $ 0,45 pro l geboten. Das war die wichtigste Zusage, die die Wirtschaftsführung anlässlich des Transportstrteikes vor rd. 20 Tagen gemacht hatte.

***

Das Erdgas-Transportunternehmen TGS (Pérez Companc und Enron (USA) Gruppen) legt Hochleistungs-Lichtwelllenleiter zwischen Buenos Aires, Bahía Blanca und Neuquén um in das Kommunikationsgeschäft einzusteigen. Es erwirbt dazu von der japanischen NEC Einrichtungen für U$S 29 Mio.

***

Der Infrastrukturplan der Regierung soll im 1. Quartal 2001 mit 70 Vorhaben für insgesamt $ 2 Mrd. anlaufen. Damit soll die Wirtschaftstätigkeit in den Provinzen angeregt werden. Durch Erweiterungen, die noch geprüft werden, könne der Betrag auf $ 2,4 Mrd. erhöht werden. Unter den Vorhaben befindet sich die Sanierung des Rio Saladobeckens in der Provinz Buenos Aires, die Autobahnen die Gross-Mendoza umfahren werden und die Zufahrts-Strassennetze für Santa Fe und Rosario. Die Mittel werden durch einen Treuhandfonds garantiert, die Zahlung erfolgt durch ein ratensystem nach Übergabe der fertigen Arbeiten.

***

Durch Beschluss 831/2000 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt von 19.10.00) wurde den Schuldnern der ehemaligen Entwicklungsbank (BANADE) die Möglichkeit geboten, ihre Schulden entweder mit Abschlag oder in bis zu 84 Monatsraten zu zahlen. Die BANADE wurde am 18.5.93 liquidiert, und das Portefeuille wurde von der Banco Nación übernommen. Es handelt sich jetzt um Schulden mit einem Nennwert von $ 1,4 Mrd; aber viele Schuldner sind in Konkurs geraten oder verschwunden, so dass damit gerechnet wird, dass bestenalls $ 400 Mio. eigenommen werden. Die Schulden werden mit 12% jährlich ab Verfall berichtigt, und darauf werden die Abschläge von 30% berechnet. Bei Ratenzahlung wird ein Zinssatz von 6% jährlich berechnet.

***

Der neue Präsident des Kfz-Verbandes, Cristiano Ratazzi (FIAT), erklärte, dass die lokalen Kfz-Unternehmen im Jahr 2000 einen Gesamtverlust von $ 600 Mio. erleiden werden, wobei auch 2001 kein einfaches Jahr sein werde.

***

Der Deputierte Raúl Baglini (UCR) gab bekannt, dass die Konsolidierung von Staatschulden mit den neuen Bonds auf 10 und 16 Jahre einen Betrag von $11 Mrd. betreffe. Die Konsolidierung umfasse auch binationale Körperschaften, an denen der argentinsiche Staat beteiligt sei, wie diejenige, die das Wasserkraftwerk Yacyretá verwaltet (EBY). Das Gesetz konsolidiert Staatsschulden die zwischen dem 3.3.91 und den 1.1.2000 fällig waren, und Schulnden gegenüber Rentnern zwischen dem 31.8.92 und dem 1.1.2000.

Das Steuerhinterziehungs-Gesetz

Das im Februar im Parlament eingebrachte Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung wurde angenommen. Es bestätigt das durch die Verzögerung notwendige Dekret 434 und bestimmt im Wesentlichen:

- Zahlungen von über $ 10.000 müssen über eine Bank durchgeführt werden. Es müssen Schecks, Banküberweisungen, Kreditkarten oder andere durch die Regelung festzulegende Mittel verwendet werden.
- Der Zahlungsscheck (cheque cancelatorio) wird gebührenfreies Zahlungsmittel.
- Schlachthäuser müssen festzulegende elektronische Kontrollen einführen, um den Schwarzhandel im Landwirtschaftsbereich zu bekämpfen.
- Ausschliesslich für das Baugewerbe ist ein der Einheitssteuer (Monotributo) ähnliches Steuersystem zu schaffen.
- Die Kraftstoff-Steuerbefreiungen für Patagonien werden aufrechterhalten. Ein Kontrollsystem für den Ursprung und Einsatz der Kraftstoffe muss jedoch zusätzlich eingeführt werden.
- Die Steuerbefreiungen für Rohbenzin und Lösungsmittel für Industriezwecke müssen geregelt werden.
- Das Dekret, das die 0,7%ige Provision bestimmte, die das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) von den privaten Rentenkassen (AFJP) für das Inkasso der Beiträge zu erhalten hat, wird durch das Gesetz bestätigt.
- Das SYNTIS-System zur gegenseitigen Kreuzung von Angaben über Steuerpflichtige, von Stellen wie das AFIP, Katasterämter, Kfz-Register oder Provinzämter wird geregelt.
- Die Zigarettensteuer-Rückerstattungen bei Ausfuhren oder dem Verbrauch auf Schiffen und Flugzeugen werden geregelt.
- Zigarettenpackungen für die Ausfuhr müssen den Aufdruck „Nur zur Ausfuhr, Verkauf in Argentinien verboten“ tragen.
- Unternehmen, die Arbeitnehmer entlassen, für die sie Sozialbeiträge schulden, werden bestraft.
- Solange diese Schulden nicht beglichen sind, muss der Arbeitgeber eine monatliche Busse in der Höhe der Entlohnung zahlen.

Die neuen Gesundheitsdienste

Gesundheitsminister Héctor Lombardo gab Einzelheiten über das neue Gesundheitswesen für die arbeitende Bevölkerung und ihre Familien bekannt. Wie im Regierungsdekret Nr. 446/00 vorgesehen, soll der Pflichtbeitrag zum PMA (Plan Médico Asistencial) benannten Krankenkassensystem $ 20 im Monat betragen. Einzelheiten sollen am 31. Oktober anlässlich der Panamerikanischen Gesundheitskonferenz angekündigt werden. Es werde am 1.1.01 in Kraft treten.

Die Möglichkeit, auf eine andere Krankenkasse hinüberzuwechseln zu können, soll horizontal gewährleistet sein, das heisse, dass das Mitglied eine andere, in der gleichen Kategorie eingestufte Krankenkasse, frei wählen kann.

Das neue System wolle den Schwerpunkt von der heilenden auf die vorbeugende Medizin verlegen. So soll jedes weibliche Kassenmitglied gezwungen sein, sich einmal im Jahr beim Kassenarzt dem Papanicolao zu unterziehen, während sich Männer die Prostata untersuchen lassem müssen.

Der PMO (Plan Médico Obligatorio) benannt Pflichtdienst sei in Arbeit. Der Minister hoffe auch ihn bei der Konferenz vom 31.10. bekanntgeben zu können. Jedem Kassenpatienten werden dann Dienstleistungen wie ärztliche Visiten in seiner Wohnung, Sprechstunden, Diagnosen, Computertomographien, Chirurgie und Intensivstationen zur Verfügung stehen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Budget: Colombo setzt sich durch

Kabinettschef Chrystian Colombo und Wirtschaftsminister José Luis Machinea verteidigten in einer Zusammenkunft mit Deputierten der Allianz das Projekt über den Staatshaushalt 2001. Dabei widersetzten sie sich jeglicher Änderung, besonders der Absicht, eine Sondersteuer auf die privatisierten Unternehmen einzuführen. Sie erreichten dabei die Unterstützung der offiziellen Fraktion, so dass mit einer Genehmigung in der Deputiertenkammer gerechnet werden kann; im Senat liegt der Fall dann schwieriger, da der Justizialismus die Mehrheit hat und ausserdem hier die Interessen der Provinzen stärker auftreten. Die Kritik am Budget kommt im Wesen von dieser Seite: keine Einführung der halben Steuer auf Brennstoffe in Patagonien, keine Senkung des Tabakfonds, keine Abschaffung der steuerlichen Förderung für nicht industrielle Projekte in den Provinzen Catamarca, La Rioja, San Juan und San Luis, usw.

Colombo erklärte, dass eine Strategie entworfen worden sei, um die Genehmigung des Budgets 2001 sicher zu stellen, die auf drei Punkten fusse:

1. Die Fraktion der Allianz verpflichtet sich, das Projekt zu behandeln.

2. Der offizielle Text muss mit klaren Signalen an Investoren vervollständigt werden, dass es keine Zunahmen von Steuern geben wird, wobei eine harte Schlacht

gegen die Hinterziehung und den Schmuggel in Angriff genommen wird, um die Mittel, die auf diese Weise dem Fiskus zukommen, für neue Steuersenkungen zu verwenden. Colombo hat sich praktisch am ersten Tag seiner Amtsübernahme für eine formelle allgemeine Steuerstabilität eingesetzt, wie sie schon beim Bergbau und der Forstwirtschaft besteht. In diesem Sinn soll jetzt angeblich ein Artikel im Budgetgesetz eingefügt werden. Über Steuerhinterziehung und Schmuggel macht er sich auch besondere Gedanken, die wesentlich innovativer sein dürften, als diejenigen von Machinea, Vicens und des AFIP-Direktors Rodríguez. Colombo ist jetzt für die operativen Aspekte des Steueramtes und des Zollamtes zuständig, wo er gewiss mit Managergeist vorgehen wird. Es ist ganz bestimmt möglich, zumindest 20% der hinterzogenen Beträge kurzfristig einzutreiben; das würde schon um die $ 5 Mrd. ausmachen und eine gute Marge für Steuersenkungen u.a. Massnahmen geben. Das ist eigentlich das Grundproblem, an das man bisher nicht herangegangen ist. Das Konzept für den Erfolg lautet hier „Outsourcing", also private Mitwirkung bei allerlei Kontrollen. Dagegen sträubt sich die Beamtenstruktur der AFIP; es bleibt zu hoffen, dass Colombo hier klare Gedanken hat und sich dann auch durchzusetzen weiss.

3. Die Regierung und die Allianz-Fraktion haben vereinbart, dass in der Budgetkommission der Deputiertenkammer alle Kapitel des Projektes diskutiert werden, aber unter der Voraussetzung, dass in keinem Fall demagogische Positionen oder solche, die die Stabilität gefährden, geduldet werden.

Mit dieser Vereinbarung über Grundsätze des Budgets wurde eine formelle Diskussion erleichtert, die der Vorstellung von Schatzsekretär Mario Vicens und seines Unterstaatssekretärs Nicolás Gadano folgte. Hier kamen die Kritiken über die Abstriche wieder zum Vorschein, vor allem von Seiten der Justizialisten, aber auch von Allianzdeputierten, die bei der Unterredung mit Colombo nicht anwesend waren. Interessant ist, dass Carlos Balter, von der demokratischen Partei von Mendoza, sich für eine Annahme des Budgets aussprach und auf die Konsequenzen eines höheren Defizites aufmerksam machte. Über Einzelheiten, die keine Bedeutung für das Gesamtergebnis haben, lässt sich diskutieren; hier kann die Regierung auch nachgeben; aber nicht über das Gesamtkonzept. Die Deputierten der Allianz sind sich wohl bewusst, dass es gefährlich ist, die Regierung jetzt zu schwächen; denn dann würden die Wahlen des kommenden Jahres, bei denen der ganze Senat und die halbe Deputiertenkammer erneuert werden, wohl für sie ungünstig ausfallen. Colombo hat ihnen klargemacht, dass sie die Regierung stützen müssen, damit sie glaubwürdig ist, was die Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung ist. Ohne diese, sieht die Zukunft für die Allianz düster aus. Der neue Kabinettschef hat eine starke Persönlichkeit, wie sie dem Wirtschaftsminister fehlt, womit er eben mehr erreicht als dieser.

Lockout der Landwirte

Nachdem die Lastwagenbesitzer vor einigen Wochen einen Lockout mit Besetzungen strategischer Strassenkreuzungen organisierten und einige Konzessionen aus der Regierung herauspressen konnten, ahmten in der Berichtswoche die Landwirte das Beispiel nach. Drei Agrarverbände (Confederaciones Rurales Argentinas, Federación Agraria und Coninagro) verkündeten den Lockout gegen die Meinung des massgebenden Verbandes Sociedad Rural Argentina. Die beteiligten Landwirte weigerten sich in den sechs Tagen der Woche, Geschäfte mit Kunden und Lieferanten abzuwickeln, Getreide, Vieh oder andere Tiere zu liefern, Waren zu empfangen, Zahlungen vorzunehmen, insbesondere Steuern zu bezahlen. Der Transport verderblicher Nahrungsmittel wie Milch, Gemüse und Obst wurde grosszügigerweise zugelassen, ebenso der Merco-sur-Transport von Chile bis Brasilien. Vorsorglicherweise hatten die Viehzüchter gegen Ende der Vorwoche zusätzliche Rinder zur Schlachtung geliefert, so dass die Fleischversorgung keinen Abbruch erfuhr.

Wirtschaftsminister José Luis Machinea, den die Verbandsleiter sowohl in mehreren Sitzungen als auch in öffentlichen Erklärungen madig machen wollten, konnte jedoch nicht nachgeben, einfach weil ihm das nötige Kleingeld, lies etwa $ 500 Mio., an Steuererlässen fehlte. Die Landwirte bestehen darauf, dass die 15prozentige Steuer auf Zinsbelastungen und die einprozentige Steuer auf Firmenaktiven als vermeintliche Gewinne zumindest für landwirtschaftliche Unternehmen abzuschaffen sind, weil sie als verzerrende Steuern eingestuft werden. Beide Steuern waren vor zwei Jahren vom damaligen Wirtschaftsminister Roque Fernández zur Bekämpfung der Hinterziehung eingeführt worden. Die Zinssteuer sollten sogenannte „back-to-back" Eigenfinanzierungen aus dem Ausland zur Kasse bitten, und die Aktivensteuer sollte die Hinterziehung mit angenommenen Verlustbilanzen lokaler Unternehmen, angeblich mehr als die Hälfte aller Firmen argentinischen Kapitals, unterbinden.

Die Wirtschaftsführung hat im Budgetentwurf eine Entlastung der Zinssteuer um sukzessive 3 Prozentpunkte ab Anfang 2001 vorgeschlagen. Ausserdem bezweckt Kabinettschef Chrystian Colombo weitere Steuersenkungen, sofern die Bekämpfung der Hinterziehung erfolgreich betrieben wird. Die Sprecher der Landwirte bestehen indessen auf sofortigen Steuererlässen, ohne dass sie freilich ihre pausenlosen Behauptungen, dass die Landwirtschaft nicht mehr rentabel sei, mit der Veröffentlichung von Bilanzen untermauern, aus denen die Verluste hervorgehen.

Dass die argentinische Landwirtschaft an Ertragskraft eingebüsst hat, geht allein aus den gesunkenen Getreidepreisen hervor, die in den letzten Jahren etwa bei 30% gefallen sind. Ausserdem haben die Währungen der beiden grössten Absatzmärkte, Brasilien und Europa, fühlbar um 50% bzw. 30% abgewertet, während gleichzeitig die Subventionen in USA im letzten Fiskaljahr auf sage und schreibe U$S 28 Mrd. zugenommen haben, unbeschadet der Subventionen aller OECD-Länder in Europa, Nordamerika und Asien für rund U$S 1,0 Mrd. im Tag und den Restriktionen für den Zugang argentinischer Agrarprodukte in diesen Märkten kraft Importverboten, horrenden Zollsätzen, Kontingenten und dergleichen. All das hat auf besagte gesunkene Erträge der Landwirtschaft abgefärbt, ebenso auf die Marktwerte der Ländereien. Daran trägt die argentinische Regierung freilich keine Schuld, fordert sie doch pausenlos die Abschaffung der Subventionen und Import-restriktionen.

Die Regierung hat zudem die Öffentlichkeit in bezahlten Anzeigen darüber orientiert, welche Finanz- und andere Hilfen sie in zehn Monaten Amtszeit der Landwirtschaft zugesagt hat, nämlich die Umschuldungen des Banco de la Nación zugunsten von 20.000 Landwirten für $ 1,8 Mrd. auf 20 Jahre und 7% Zinsen, ferner die Aussetzung von Pfändungen, die Kredite für $ 100 Mio. zur Einbehaltung der Ernten, die Darlehen zu ebenfalls 7% für Anschaffungen, die Finanzhilfen für Agrargenossenschaften für $ 262 Mio., die Einrichtung von Treuhandfonds, die Verbilligung von Dieselöl um 20% für bislang 1 Mio. Liter und der Agrarversicherungen mit 2% billigerer Prämien, die 50prozentige Senkung der Mautgebühren, die Anhebung der Exportsubventionen für $ 30 Mio, die Öffnung des Zitronenmarktes in USA bei Anhebung der Exportsubventionen, den Importschutz bis 35% Zoll für Schweinefleisch, die Freigabe von 250.000 Rohhäute für den Export, eine Budgetpartie von $ 10 Mio. für Sozialprogramme, die Antidumpingmassnahmen gegen Geflügelimporte und die Ratifizierung Argentiniens als maul- und klauenseuchenfreies Land.

Desgleichen hat die Regierung den Landwirten versprochen, die Zinssteuer um 5% zu senken, indem sie zur Zahlung der einprozentigen Aktivensteuer eingesetzt werden darf (womit Hinterzieher nicht begünstigt werden), sowie die Brennstoffsteuer um 50% zu senken, unbeschadet der Ankündigung, dass die Zinssteuer im Jahr 2002 verschwinden wird. Diese steuerlichen Vorteile wurden freilich durch den Lockout hinfällig.

Der Lockout wird sicherlich überhaupt nichts fruchten, ausser eine Regierung als anfällig und schwach vorzustellen, die mit korporativen Vorstössen auf die Knie gezwungen werden kann. Der Lockout wird als verfehlte Massnahme in die Agrargeschichte eingehen. Die Landwirte wären entschieden besser gefahren, die Versprechungen der Regierung anzunehmen, auch wenn sie nur Agrarunternehmen begünstigen, die keine Steuern hinterziehen.

Hierüber schweigen die Agrarsprecher, während die Steuerbehörde immer wieder darauf hinweist, wieviele Steuern in der Agrarbranche hinterzogen werden. Die Agrarsprecher konzentrieren ihre Forderungen auf die erwähnten Steuererlässe sowie neuerdings auf die Forderung, dass der Importschutz der Kraftfahrzeugindustrie abgebaut werde, damit Lastwagen, Agrarmaschinen und Kfz allgemein so billig werden wie in Konkurrenzländern, lies USA, und die lokale Industrie einpackt und abzieht. Kfz zahlen mehr als 40% Steuern auf ihren Verkaufswert bei geringer Hinterziehung.

Ein erster Schritt zur Lösung bei Aerolineas Argentinas

Ende der Vorwoche wurde eine Einigung über Aerolineas Argentinas erreicht, bei der der spanische Staat U$S 617,5 Mio. beisteuert und der argentinische U$S 32,5 Mio., so dass ein Paket von U$S 650 Mio. zusammenkommt. Damit wird zunächst vermieden, dass AA in Konkurs gerät und verschwindet, wobei dann allerdings eine andere Gesellschaft die Marke und die Flugrechte als Flaggenlinie erwerben könnte. Objektiv gesehen muss man sich fragen, ob dies nicht das Vernünftigste gewesen wäre. Aber für die argentinische Regierung wäre dies ein harter Brocken gewesen, in einem Moment der politische Schwäche. Somit ist es begreiflich, dass Kabinettschef Chrystian Colombo sich um eine sofortige Lösung bemüht hat, nachdem der vorher für diesen Fall zuständige Minister Nicolás Gallo in zehn Monaten keine Entscheidung getroffen hatte.

Das Problem ist jedoch bei weitem nicht gelöst. Nachdem AA vor fast genau 10 Jahren privatisiert und dann von der spanischen Iberia geleitet wurde, wurden Flugzeuge verkauft und durch gemietete Flugzeuge ersetzt, Agenturen geschlossen, Strecken aufgegeben und Verluste erwirtschaftet, die zum Teil mit dem Verkauf von Aktiven finanziert wurden, aber ausserdem mit zur Anhäufung einer Schuld von U$S 850 Mio. beitrugen.

Die Privatisierung war von Anfang an eine sonderbare Angelegenheit, da der Kaufpreis mit der Verschuldung des Unternehmens bezahlt wurde, so dass AA von Anfang an mit hohen Passiven belastet wurde, die das Unternehmen nicht verkraften konnte. Bis heute wurde nicht erklärt, wie so etwas gestattet wurde. Offensichtlich wollte Iberia Aerolineas gratis übernehmen, was jedoch schliesslich miss-lungen ist. Die Übernahme durch Iberia sollte zu Synergien führen, was jedoch für AA nicht der Fall war; im Gegenteil, Direktflüge nach Paris und Frankfurt wurden durch Flüge nach Madrid, mit Umstieg in kleinere Iberia-Maschinen ersetzt, womit AA an Konkurrenzfähigkeit verlor. Die Privatisierung fiel mit einem Umschwung bei den Tarifen zusammen, die seither stark unter Druck stehen, ein Phänomen, das sich jetzt noch verstärkt, so dass AA einen Monatsverlust von über U$S 20 Mio. hat.

AA gehört jetzt zu 85% dem Investmentfonds Interinvest, der wiederum zu 80% der staatlichen spanischen SEPI, zu 10% Iberia und zu 10% American Airlines gehört. 5% entfallen auf den argentinischen Staat und 10% auf die Belegschaft. Ursprünglich hatte Iberia eine weitaus höhere Beteiligung; aber der spanische Staat musste dann einspringen und Kapital beitragen, so dass Iberia Aktien abtrat. American Airlines stieg später ein und hat dabei auch die operative Leitung übernommen, die jedoch nach einiger Zeit wieder an Iberia übertragen wurde. Mit der Kapitalerhöhung nimmt der Anteil von SEPI stark zu, der vom argentinischen Staat soll prozentual gleich bleiben, und diejenigen der anderen Partner sinken.

Ursprünglich hatte der spanische Staat vorgesehen, dass die Belegschaft verringert und nicht rentable Strecken aufgegeben würden. Davon war jetzt offiziell nicht die Rede. Statt dessen heisst es, AA werde neue Direktflüge nach verschiedenen Zielen einführen. Diese expansive Strategie erfordert jedoch mehr Mittel. Vom Kapitalzuschuss von U$S 650 Mio. werden U$S 200 Mio. zunächst mit Schulden an den spanischen Staat kompensiert. Was von den weiteren U$S 450 Mio. schliesslich flüssig übrig bleibt, ist nicht klar. Aber ausserdem läuft der Verlust inzwischen weiter, allerdings bei einer wesentlich geringeren Zinslast.

Als AA privatisiert wurde, wurde auch die lokale Fluggesellschaft Austral mit eingeschlossen. Zusammen beherrschten beide das Inlandsgeschäft, mit hohen Tarifen, die die Verluste bei internationalen Flügen zum Teil ausglichen. Inzwischen hat sich die Lage radikal geändert. LAPA hat sich zu einem grossen und aggresiven Konkurrenten entwickelt und zu einer allgemeinen starken Senkung der Tarife gezwungen. Ebenfalls haben andere Gesellschaften, wie Dinar und Southern Winds, ihre Präsenz verstärkt.

Wie der Fall weitergeht, ist vorerst ungewiss. Es heisst, Eduardo Eurnekian, der Hauptaktionär von „Aeropuertos Argentina 2000“ ist, die die Flughäfen im Land betreibt, interessiere sich für eine Übernahme, in Verbindung mit einigen grossen Fluggesellschaften. Die Frage, die sich hier stellt, besteht darin, ob der spanische und der argentinische Staat dabei den Verkaufspreis auf U$S 650 Mio. festsetzen, die sie soeben beigetragen haben, oder ob sie bereit sind, einen Verlust hinzunehmen. Denn das Vermögen des Unternehmens ist unter U$S 100 Mio. wert, so dass sich die Frage stellt, ob die Marke und die Flugrechte U$S 550 Mio. wert sind. Zudem besteht noch das Damoklesschwert der „offenen Himmel“, was bedeutet, dass es dann keine exklusiven Flugrechte mehr gibt, so dass jede Gesellschaft so viele Flüge nach und von Argentinien einführen kann, wie es ihr passt. Dabei würden die grossen Gesellschaften, an erster Stelle American Airlines und United Airlines, wohl konkurrenzfähiger sein und den erneuten Druck auf die Tarife besser verkraften als Aerolineas. Argentinien hat sich unter Menem der Konvention über weltweite Deregulierung des Flugverkehrs angeschlossen; aber De la Rua hat zunächst eine Pause eingeschaltet, die mit dem Fall AA zusammenhängt. Das neue Abkommen über das Unternehmen bedeutet eine Verpflichtung, diese Pause zu verlängern und eventuell neu zu verhandeln. Denn bei offenen Himmeln bestünde kaum eine Rettungsmöglichkeit für AA.